

MUSTERKLAUSUR

Fach: **Recht**

Zeit: 60 min

Hilfsmittel: keine

Diese Musterklausur ist als inhaltliches **und** zeitliches Training zur Vorbereitung auf die Klausur dieses Faches zu verstehen und zu bearbeiten.

Prozentverteilung der Aufgaben

Aufgabe 1:	10
Aufgabe 2:	14
Aufgabe 3:	26
Aufgabe 4:	18
Aufgabe 5:	12
Aufgabe 6:	20
Summe:	100



Aufgabe 1

- 1.1 Beurteilen Sie, ob die folgende Aussage richtig oder falsch ist! Kennzeichnen Sie mit R für richtig oder F für falsch.

☐ Das Privatrecht regelt Rechtsgeschäfte und Interessenkonflikte zwischen Privatpersonen; das öffentliche Recht dient der Begründung und Begrenzung staatlicher Befugnisse und richtet sich an den Staat als Hoheitsträger.

- 1.2 Vervollständigen Sie die beiden Aussagen mit einem der jeweils angegebenen Begriffe! Tragen Sie dazu den entsprechenden Buchstaben in das Kästchen ein!

Das Außenrecht des Verwaltungsrechts umfasst u.a. Rechtsnormen, die die Rechtsbeziehungen zwischen dem Staat und ☐ regeln.

- a) der Verwaltung
- b) den Bürgern
- c) den Beamten

Das Innenrecht des Verwaltungsrechts regelt die Bestimmung der Behördenaufgaben, das Beamtenrecht und ☐.

- d) das Verhalten der Bürger gegenüber der Verwaltung
- e) die Weisungsbefugnis des Staates gegenüber der Verwaltung
- f) die Amtspflichten der Beamten bei Erledigung ihrer Aufgaben

- 1.3 Welche der folgenden rechtlichen Regelungen gehören dem Allgemeinen, welche dem Besonderen Verwaltungsrecht an? Kennzeichnen Sie die Aussagen mit AVR für Allgemeines Verwaltungsrecht bzw. BVR für Besonderes Verwaltungsrecht!

- | | |
|--------------------------|----------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Polizeirecht |
| <input type="checkbox"/> | Verwaltungsverfahrensrecht |
| <input type="checkbox"/> | Landesbauordnungen |
| <input type="checkbox"/> | Lehre vom Verwaltungsakt |
| <input type="checkbox"/> | Bauplanungsrecht |
| <input type="checkbox"/> | Gewerberecht |

Aufgabe 2

2.1 Ordnen Sie die folgenden Gesetze ihren Regelungsbereichen zu! Tragen Sie dazu den entsprechenden Buchstaben in das Kästchen ein!

- ☐ Finanzgerichtsordnung
- ☐ Verwaltungszustellungsgesetz
- ☐ Grundgesetz
- ☐ Steuerberatungsgesetz
- ☐ Abgabenordnung
- ☐ Finanzverwaltungsgesetz

- a) Bestimmungen über die Ausbildung, Prüfung und Berufspflichten der Steuerberater
- b) Gesetzgebungs-, Ertrags- und Verwaltungshoheit sowie die Grundlagen des Haushaltsrechts
- c) gerichtliches Rechtsbehelfsverfahren
- d) Art und Weise der Zustellung (Bekanntgabe von Verwaltungsakten)
- e) Aufbau der Finanzverwaltung und die sachliche Zuständigkeit der Finanzbehörden
- f) steuerliches Verfahrensrecht sowie materielle Regelungen (z.B. Haftungsregelungen)

2.2 Erinnern Sie sich an die Definition von Steuern gemäß der Abgabenordnung (AO). Beurteilen Sie, ob folgende Angaben richtig oder falsch sind!. Kennzeichnen Sie die richtigen mit einem R, die falschen mit einem F!

- ☐ Steuern sind Geld- und Sachleistungen, die von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen auferlegt werden.
- ☐ Steuern werden denjenigen auferlegt, auf die der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz eine Leistungspflicht knüpft.
- ☐ Steuern stellen eine Gegenleistung für eine besondere Leistung dar.
- ☐ Die Erzielung von Einnahmen ist zumindest Nebenzweck der Erhebung von Steuern.
- ☐ Auch Abschöpfungen sind Steuern im Sinne der Definition der AO, Zölle aber nicht.

2.3 Rechtsvorschriften des Steuerrechts gehören zum Teil dem Staatsrecht, dem Strafrecht, dem Verwaltungsrecht und zum Teil auch dem Privatrecht an.

Entscheiden Sie, welche Folge dies hat! Kennzeichnen Sie die richtige Aussage mit R, die falsche mit F.

- ☐ Steuerrecht ist öffentliches Recht, weil die Vorschriften des Privatrechts, die für das Steuerrecht gelten, zum Bestandteil des öffentlichen Rechts werden.
- ☐ Steuerrecht ist öffentliches und privates Recht, je nach dem Rechtsgebiet, aus dem die Vorschriften stammen.



Aufgabe 3

3.1 Welche der folgenden Aussagen sind Hauptgründe für die Entwicklung des Datenschutzes? Kreuzen Sie richtige Aussagen an!

- ☐ Schutz des Staates vor Wirtschaftsunternehmen
- ☐ Schutz der Bürger vor dem Staat
- ☐ Schutz von Wirtschaftsunternehmen vor den Bürgern
- ☐ Schutz der Bürger vor Wirtschaftsunternehmen
- ☐ Schutz des Staates vor den Bürgern

3.2 Welche der folgenden Aussagen ist richtig, welche falsch? Markieren Sie mit R für richtig und F für falsch!

- ☐ Datenschutz und Informationsfreiheit sind identisch.
- ☐ Informationsfreiheit ist durch das Grundgesetz geschützt, Datenschutz nicht.
- ☐ Datenschutz und Informationsfreiheit sind Voraussetzungen für die Kommunikation in einem Rechtsstaat.
- ☐ Datenschutz ist ein Menschenrecht.
- ☐ Datenschutz bedeutet, Hardware und Software so zu verbessern, dass durch technische Fehler keine Daten verloren gehen.
- ☐ Datenschutz hat mit der Wahrung der individuellen Selbstbestimmung zu tun.
- ☐ Die Missachtung von Datenschutz und Informationsfreiheit kann die Demokratie gefährden.
- ☐ Datenschutz ist durch das Grundgesetz geschützt, Informationsfreiheit nicht.

3.3 Lesen Sie die folgenden Texte. Beide Texte enthalten einen Fehler. Markieren Sie diesen im Text durch Unterstreichen und kreuzen Sie in der jeweils nachfolgenden Liste den richtigen Begriff an!

Regelungen zum Datenschutz werden verstärkt auch auf europäischer Ebene getroffen. Neben der OECD hat nun auch die NATO Richtlinien zum Datenschutz erlassen.

- ☐ Europarat
- ☐ WEU
- ☐ OPEC

Inhaltlich betreffen diese Regelungen den Umgang mit personenbezogenen Daten im öffentlichen und privaten Sektor, die automatische Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten und Bestimmungen für den Bundesnachrichtendienst.

- ☐ Schengener Durchführungsbehörde
- ☐ Europol
- ☐ Vertrag von Maastricht

Aufgabe 4

4.1 Welche der folgenden Aussagen ist zutreffend? Kennzeichnen Sie die richtige durch Ankreuzen!

- ☐ Bürgerliches Recht und Privatrecht sind identisch.
- ☐ Privatrecht ist ein Teil des Bürgerlichen Rechts.
- ☐ Bürgerliches Recht ist ein Teil des Privatrechts.

4.2 *Erinnern Sie sich an den Grundsatz der Privatautonomie! Entscheiden Sie, welche der folgenden Aussagen diesen kennzeichnen und welche nicht! Markieren Sie die zutreffenden Aussagen mit R, die falschen mit F!*

- ☐ Privatautonomie dient dazu, dass der Einzelne seine privaten Lebensverhältnisse nach seiner Bestimmung selbst gestalten kann.
- ☐ Deshalb kann er sein Recht gegenüber Dritten auch selbst durchsetzen und muss sich nicht rechtlicher Mittel bedienen.
- ☐ Der Einzelne kann über sein Vermögen verfügen, und zwar über den Tod hinaus.
- ☐ Der Einzelne ist frei, ob und mit wem er einen Vertrag schließt und welchen Inhalt dieser hat. Von dieser Vertragsfreiheit gibt es nur sehr wenige Ausnahmen.
- ☐ Die Privatautonomie gilt insbesondere im Straßenverkehr.

4.3 Ihnen liegen vier Rechtsgebiete vor.

Entscheiden Sie, welche der unten angegebenen Möglichkeiten ihren Inhalt beschreibt! Tragen Sie dazu den entsprechenden Buchstaben in das jeweilige Kästchen ein!

- ☐ Handelsrecht
- ☐ Wirtschaftsrecht
- ☐ Immaterialgüterrecht
- ☐ Arbeitsrecht

- a) Sonderprivatrecht der natürlichen Personen
- b) Sonderprivatrecht der Kaufleute
- c) Sonderprivatrecht der gewerblichen Wirtschaft
- d) Sonderprivatrecht der Kapitalgesellschaften
- e) Sonderprivatrecht für das geistige Eigentum
- f) Sonderprivatrecht für Grundstücke
- g) Sonderprivatrecht der abhängigen, selbstständigen Arbeitnehmer
- h) Sonderprivatrecht der abhängigen, unselbstständigen Arbeitnehmer



Aufgabe 5

5.1 Vervollständigen Sie die Sätze mit dem jeweils richtigen der angegebenen Begriffe! Tragen Sie dazu den entsprechenden Buchstaben in das Kästchen ein!

Wer ein Handelsgewerbe betreibt, ist ein ☐

- a) Händler
- b) Kaufmann
- c) Formkaufmann

Formkaufleute sind ☐

- d) Kapitalgesellschaften
- e) Personengesellschaften
- f) Kaufleute, die nicht ins Handelsregister eingetragen sind

Kleingewerbetreibende können den Kaufmannstatus erlangen, indem sie ☐

- g) ihre Eintragung im Handelsregister streichen lassen
- h) sich ins Handelsregister eintragen lassen
- i) ihre Geschäftsräume vergrößern

Ein Istkaufmann ☐

- j) muss sich nicht ins Handelsregister eintragen lassen
- k) übt ein Gewerbe aus
- l) entscheidet selbst darüber, was ein in kaufmännischer Weise eingerichteter Gewerbebetrieb ist

Ein kaufmännischer Gewerbebetrieb wird unter anderem folgendermaßen gekennzeichnet: ☐

- m) Durch den Anschein eines großen Geschäftsbetriebs
- n) Durch eine selbstständige, dauerhafte und auf Gewinn gerichtete Tätigkeit
- o) Durch mindestens 15 Mitarbeiter

5.2 Entscheiden Sie, welche der folgenden Aussagen eine Firma definiert! Markieren Sie die richtige durch Ankreuzen!

- ☐ Eine Firma ist ein großes Unternehmen.
- ☐ Eine Firma ist der Handelsname des Kaufmanns.
- ☐ Eine Firma ist ein zweiter Name mit Ersatzfunktion für den Kaufmann.

Aufgabe 6

- 6.1 Die Bundesregierung hat beschlossen, das Betriebsverfassungsgesetz zu ändern. Besonderen Beifall fand diese Entscheidung bei den Gewerkschaften. Andererseits wurde der Vorschlag laut, in Kleinbetrieben untertarifliche Bezahlung zuzulassen.

Entscheiden Sie, welche der unten genannten Begriffe mit diesem Text in inhaltlichem Zusammenhang stehen! Markieren Sie die betreffenden Begriffe mit R, die unzutreffenden mit F!

- ☐ Arbeitskampfrecht
- ☐ Kollektives Arbeitsrecht
- ☐ Tarifvertragsrecht
- ☐ Koalitionen
- ☐ Arbeitsvertragsrecht
- ☐ Betriebsverfassungsrecht

- 6.2 Welche der folgenden Aussagen charakterisieren den Unterschied zwischen Individual- und kollektivem Arbeitsrecht? Kennzeichnen Sie die richtigen Definitionen mit R, die falschen mit F!

- ☐ Kollektives Arbeitsrecht gilt nur für große Betriebe, Individualarbeitsrecht hingegen für Kleinbetriebe.
- ☐ Individualarbeitsrecht ist das Recht der einzelnen Arbeitsverhältnisse, während kollektives Arbeitsrecht Regeln für das Kollektiv der Arbeitnehmer aufstellt.
- ☐ Kollektives Arbeitsrecht betrachtet den Arbeitnehmer als Mitglied des Kollektivs. Das Kollektiv entscheidet für den Arbeitnehmer, in der Regel durch Organe. Das Individualarbeitsrecht betrachtet den Arbeitnehmer als Individuum, der seinen Arbeitsvertrag individuell aushandeln kann.

- 6.3 Beurteilen Sie die folgende Aussage zum Arbeitsrecht! Kennzeichnen Sie mit R für richtig oder F für falsch!

- ☐ Hauptziel des Arbeitsrechts ist es, dem Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber Schutz zu verleihen. Grund ist die wirtschaftlich schwächere Position des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber. Diese Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers findet auch im Arbeitsschutzrecht Ausdruck.



MUSTERLÖSUNG

Fach: **Recht**

Zeit: 60 min

Hilfsmittel: keine

Prozentverteilung der Aufgaben

Aufgabe	1.2:	1
	1.2:	3
	1.3:	6
Aufgabe	2.1:	6
	2.2:	5
	2.3:	3
Aufgabe	3.1:	4
	3.2:	16
	3.3:	6
Aufgabe	4.1:	2
	4.2:	10
	4.3:	6
Aufgabe	5.1:	10
	5.2:	2
Aufgabe	6.1:	12
	6.2:	6
	6.3:	2
Summe:		100

Notenschlüssel

Note	Prozentsatz
1	100 bis 92
2	kleiner 92 bis 81
3	kleiner 81 bis 67
4	kleiner 67 bis 50
5	kleiner 50 bis 30
6	kleiner 30



Aufgabe 1.1

- ☐ R Das Privatrecht regelt Rechtsgeschäfte und Interessenkonflikte zwischen Privatpersonen; das öffentliche Recht dient der Begründung und Begrenzung staatlicher Befugnisse und richtet sich an den Staat als Hoheitsträger.

Aufgabe 1.2

Das Außenrecht des Verwaltungsrechts umfasst u.a. Rechtsnormen, die die Rechtsbeziehungen zwischen dem Staat und ☐ b regeln.

Das Innenrecht des Verwaltungsrechts regelt die Bestimmung der Behördenaufgaben, das Beamtenrecht und ☐ f .

Aufgabe 1.3

- | | |
|------------------------------|----------------------------|
| <input type="checkbox"/> BVR | Polizeirecht |
| <input type="checkbox"/> AVR | Verwaltungsverfahrensrecht |
| <input type="checkbox"/> BVR | Landesbauordnungen |
| <input type="checkbox"/> AVR | Lehre vom Verwaltungsakt |
| <input type="checkbox"/> BVR | Bauplanungsrecht |
| <input type="checkbox"/> BVR | Gewerberecht |



Aufgabe 2.1

- ☐ c Finanzgerichtsordnung
- ☐ d Verwaltungszustellungsgesetz
- ☐ b Grundgesetz
- ☐ a Steuerberatungsgesetz
- ☐ f Abgabenordnung
- ☐ e Finanzverwaltungsgesetz

Aufgabe 2.2

- ☐ F Steuern sind Geld- und Sachleistungen, die von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen auferlegt werden.
- ☐ R Steuern werden denjenigen auferlegt, auf die der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz eine Leistungspflicht knüpft.
- ☐ F Steuern stellen eine Gegenleistung für eine besondere Leistung dar.
- ☐ R Die Erzielung von Einnahmen ist zumindest Nebenzweck der Erhebung von Steuern.
- ☐ F Auch Abschöpfungen sind Steuern im Sinne der Definition der AO, Zölle aber nicht.

Aufgabe 2.3

- ☐ R Steuerrecht ist öffentliches Recht, weil die Vorschriften des Privatrechts, die für das Steuerrecht gelten, zum Bestandteil des öffentlichen Rechts werden.
- ☐ F Steuerrecht ist öffentliches und privates Recht, je nach dem Rechtsgebiet, aus dem die Vorschriften stammen.



Aufgabe 3.1

- ☐ Schutz des Staates vor Wirtschaftsunternehmen
- ☒ Schutz der Bürger vor dem Staat
- ☐ Schutz von Wirtschaftsunternehmen vor den Bürgern
- ☒ Schutz der Bürger vor Wirtschaftsunternehmen
- ☐ Schutz des Staates vor den Bürgern

Aufgabe 3.2

- ☐ Datenschutz und Informationsfreiheit sind identisch.
- ☐ Informationsfreiheit ist durch das Grundgesetz geschützt, Datenschutz nicht.
- ☐ Datenschutz und Informationsfreiheit sind Voraussetzungen für die Kommunikation in einem Rechtsstaat.
- ☐ Datenschutz ist ein Menschenrecht.
- ☐ Datenschutz bedeutet, Hardware und Software so zu verbessern, dass durch technische Fehler keine Daten verloren gehen.
- ☐ Datenschutz hat mit der Wahrung der individuellen Selbstbestimmung zu tun.
- ☐ Die Missachtung von Datenschutz und Informationsfreiheit kann die Demokratie gefährden.
- ☐ Datenschutz ist durch das Grundgesetz geschützt, Informationsfreiheit nicht.

Aufgabe 3.3

Regelungen zum Datenschutz werden verstärkt auch auf europäischer Ebene getroffen. Neben der OECD hat nun auch die **NATO** Richtlinien zum Datenschutz erlassen.

- ☒ Europarat
- ☐ WEU
- ☐ OPEC

Inhaltlich betreffen diese Regelungen den Umgang mit personenbezogenen Daten im öffentlichen und privaten Sektor, die automatische Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten und Bestimmungen für den **Bundesnachrichtendienst**.

- ☐ Schengener Durchführungsbehörde
- ☒ Europol
- ☐ Vertrag von Maastricht



Aufgabe 4.1

- ☐ Bürgerliches Recht und Privatrecht sind identisch.
- ☐ Privatrecht ist ein Teil des Bürgerlichen Rechts.
- ☒ Bürgerliches Recht ist ein Teil des Privatrechts.

Aufgabe 4.2

- ☐ R Privatautonomie dient dazu, dass der Einzelne seine privaten Lebensverhältnisse nach seiner Bestimmung selbst gestalten kann.
- ☐ F Deshalb kann er sein Recht gegenüber Dritten auch selbst durchsetzen und muss sich nicht rechtlicher Mittel bedienen.
- ☐ R Der Einzelne kann über sein Vermögen verfügen, und zwar über den Tod hinaus.
- ☐ R Der Einzelne ist frei, ob und mit wem er einen Vertrag schließt und welchen Inhalt dieser hat. Von dieser Vertragsfreiheit gibt es nur sehr wenige Ausnahmen.
- ☐ F Die Privatautonomie gilt insbesondere im Straßenverkehr.

Aufgabe 4.3

- ☐ b Handelsrecht
- ☐ c Wirtschaftsrecht
- ☐ e Immaterialgüterrecht
- ☐ h Arbeitsrecht



Aufgabe 5.1

Wer ein Handelsgewerbe betreibt, ist ein

Formkaufleute sind

Kleingewerbetreibende können den Kaufmannstatus erlangen, indem sie

Ein Istkaufmann

Ein kaufmännischer Gewerbebetrieb wird unter anderem folgendermaßen gekennzeichnet:

Aufgabe 5.2

- ☐ Eine Firma ist ein großes Unternehmen.
- ☒ Eine Firma ist der Handelsname des Kaufmanns.
- ☐ Eine Firma ist ein zweiter Name mit Ersatzfunktion für den Kaufmann.

Aufgabe 6.1

- Arbeitskampfrecht
- Kollektives Arbeitsrecht
- Tarifvertragsrecht
- Koalitionen
- Arbeitsvertragsrecht
- Betriebsverfassungsrecht

Aufgabe 6.2

- Kollektives Arbeitsrecht gilt nur für große Betriebe, Individualarbeitsrecht hingegen für Kleinbetriebe.
- Individualarbeitsrecht ist das Recht der einzelnen Arbeitsverhältnisse, während kollektives Arbeitsrecht Regeln für das Kollektiv der Arbeitnehmer aufstellt.
Kollektives Arbeitsrecht betrachtet den Arbeitnehmer als Mitglied des Kollektivs. Das Kollektiv entscheidet für den Arbeitnehmer, in der Regel durch Organe. Das Individualarbeitsrecht betrachtet den Arbeitnehmer als Individuum, der seinen Arbeitsvertrag individuell aushandeln kann.
-

Aufgabe 6.3

- Hauptziel des Arbeitsrechts ist es, dem Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber Schutz zu verleihen. Grund ist die wirtschaftlich schwächere Position des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber. Diese Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers findet auch im Arbeitsschutzrecht Ausdruck.